

Peru: Gesetz über religiöse Gleichbehandlung verabschiedet

Lima/Peru, 07.01.2011/APD Die Mitglieder des Peruanischen Kongresses haben ein Gesetz über die religiöse Gleichbehandlung verabschiedet, das die Religionsfreiheit aller Bürger gleichermaßen garantieren soll. In Peru bezeichnen sich rund 81 Prozent der Bevölkerung als römisch-katholisch, zwölf Prozent als evangelisch oder evangelikal, und je drei Prozent als Mitglied einer anderen Religion oder als nicht religiös. Die Religionsfreiheit hat in Peru seit 1973 Verfassungsrang.

Das neue Gesetz über die religiöse Gleichberechtigung anerkenne den religiösen Pluralismus. „Alle Religionen genießen die gleichen Rechte, Pflichten und Vergünstigungen“, sagte Edgardo Muguerza Florián, Abteilungsleiter der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit in Peru. Das Gesetz garantiere die ungehinderte öffentliche und private Ausübung der Religion. Die freie Religionsausübung werde nur dann eingeschränkt, wenn sie die Freiheit oder Grundrechte Anderer beeinträchtige und die öffentliche Ordnung oder das Gemeinwohl gefährde.

Das Gesetz schütze im Besonderen auch die religiösen Überzeugungen von Studenten und verpflichte die staatlichen Lehranstalten, diese zu respektieren, betonte der Freikirchenvertreter. Es stelle sicher, dass die Religionsausübung eines Studenten keine Auswirkungen auf seinen Studienabschluss haben dürfe. Laut Florián verbiete das Gesetz „jede Handlung oder Unterlassung“, die eine Person auf Grund ihrer religiösen Überzeugung diskriminieren würde, und anerkenne religiösen Pluralismus.

Schüler und Studenten jüdischen und adventistischen Glaubens seien auf das Verständnis und Entgegenkommen von Professoren und Schulverwaltungen angewiesen, um Aufnahme- oder Zwischenprüfungen, die an einem Samstag (Sabbat) angesetzt sind, an einem anderen Tag absolvieren zu können.

Vertreter der Adventisten hätten sich in Peru während mehr als zehn Jahren für einen umfassenderen Schutz der Religionsfreiheit eingesetzt und viel Überzeugungsarbeit bei Regierungs- und Kirchenvertretern geleistet. „Es freut uns sehr, dass unser Einsatz eine Rolle gespielt haben mag bei der Verabschiedung dieses historischen Gesetzes“, betonte John Graz (Silver Spring, Maryland/USA), Direktor der adventistischen Weltkirchenleitung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!